



Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011
Wahlprüfsteine Deutscher Kulturrat
Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

1. Kulturförderung

Wie wollen Sie Ihrer Verantwortung, die Kultur zu fördern, nachkommen und welche Akzente wollen Sie setzen? Wie wollen Sie die Kommunen bzw. Bezirke in Stand setzen, Kulturförderung leisten zu können? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Kriterien der grundgesetzlich festgelegten Schuldenbremse erfüllen zu können?

Bündnis 90/Die Grünen sind für eine vielfältige Kulturlandschaft in Berlin aktiv – mit einer starken Infrastruktur, gezielter Förderung und gesicherten Arbeitsbedingungen für die Berliner Kulturschaffenden in allen künstlerischen Sparten. Neben den großen Häusern schenken wir unser Augenmerk den vielen freien Initiativen und Projekten, die die Stadt bereichern und bislang zu wenig Anerkennung erfahren. Unser Ziel ist es, dass mehr Menschen in die Theater, Museen und Bibliotheken kommen. Eintrittspreise dürfen kein Hinderungsgrund sein, am kulturellen Leben teilzunehmen.

Wir Grüne sagen: Nur mit einem konsequenten Umbau der Kulturförderung und einer qualitativen Analyse des kulturellen Angebots wird Berlin seine kulturelle Vielfalt erhalten und international attraktiv bleiben können. Daher braucht Berlin eine Kulturpolitik, in der die Themen zusammen gedacht werden und Entwicklungspotentiale für einzelne Bereiche wie Tanz, Musik, Literatur und Bildende Kunst identifiziert werden. Eine separate Betrachtung der einzelnen Segmente und ein punktuell und zudem konzeptloses Handeln, wie es der rot-rote Senat in den vergangenen Jahren betrieben hat, ist dabei absolut kontraproduktiv. In einem von Bündnis 90/Die Grünen geforderten Kulturentwicklungsplan wird sich zeigen, ob das bisherige Ungleichgewicht der Förderung in den Kunstsparten gerechtfertigt ist. Einen Förderbedarf nach rein rechnerischem Proporz zu ermitteln, halten wir nicht für zeitgemäß, da die künstlerischen Prozesse mehrheitlich interdisziplinär angelegt sind und immer wieder nach neuen Formaten und Kooperationen in der künstlerischen Arbeit gesucht wird. Wir sehen uns auch in der Verantwortung für die Kultur, die nicht aus öffentlichen Mitteln gefördert wird. Ihre Entwicklung darf nicht allein den Kräften des Marktes überlassen werden. Hier wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, um zu unterstützen, zu beraten und zu moderieren. Für ein lebendiges und kreatives Berlin sind neben den großen Theatern, Opern und Musikhäusern die vielen kulturellen Kleinode in den Kiezen genauso wichtig. Kleine Theater, Galerien, Clubs und Initiativen bereichern das Leben in ganz Berlin und sind auch maßgeblich für die touristische Attraktivität der Stadt. Viele alternative und private Kulturprojekte sind gefährdet, da sie oft aufgrund einer dramatischen Mietentwicklung von ihren Standorten vertrieben werden. Gerade weil dieses Problem zunimmt, sind mehr Unterstützung und Vermittlung seitens der Politik notwendig.

Insgesamt sind wir davon überzeugt, dass Kulturpolitik nur dann erfolgreich ist, wenn sie in Kooperation von Politik und Kulturszene gestaltet wird. Deshalb wollen wir mehr Vernetzung mit und unter den Akteuren sowie eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Kunstschaffenden mit den Vermarktungsforen- und -formen.

Kulturpolitisches Ziel von Bündnis 90/Die Grünen ist eine gerechte und der aktuellen Situation entsprechende ausgewogenere Förderung zwischen der institutionellen Förderung und der Förderung der freien Szene. Angesichts der Gesamtentwicklung des Berliner Landeshaushaltes ist kaum mit einer Steigerung der Mittel für kulturelle Zwecke zu rechnen. Also müssen Veränderungen in der Förderung auch in Zukunft im Wesentlichen innerhalb des Kulturhaushaltes erfolgen: Zu Gunsten der freien Szene, was eine Reduzierung der Etats für Projekt-, Konzept-, Spielstätten-, Einstiegs- oder EinzelkünstlerInnenförderung ausschließen muss. Die Konzeptförderung ist eins der wichtigsten Instrumente der Kulturförderung und muss dringend aufgestockt werden. Unser Ziel ist langfristig, mehr Theater aus der institutionellen Förderung in die Konzeptförderung zu überführen. Dies ist verbunden mit der Forderung nach einer Qualitätsprüfung und Evaluierung der Häuser.

Wir wollen dafür sorgen, dass in Berlin eine nachhaltige Kulturpolitik gemacht wird. Eine Kulturpolitik, die Rahmenbedingungen schafft, in denen es KünstlerInnen und Kreativen möglich ist, von ihrem Beruf zu leben und gleichzeitig eine Familie zu haben. Daher wird eines unserer Schlüsselprojekte sein, die freie Kulturszene besser zu fördern.

Als Sofortmaßnahme werden wir ein Prozent der Förderung aus dem institutionellen in den freien Bereich umschichten. Langfristiges Ziel muss es sein, zehn Prozent des Kulturretats für die freie Szene festzuschreiben, um mehr Spielraum in der Honorargestaltung zu erlangen.

Neben dem Ausbau der kulturellen Bildung (siehe Frage 3) ist ein weiterer Schwerpunkt bündnisgrüner Kulturpolitik, die Geschichte der Stadt erfahrbar zu machen, die sichtbare Spuren und Narben hinterlassen hat. Die bestehenden Gedenkstätten und Erinnerungsorte müssen kontinuierlich weiterentwickelt und besser miteinander vernetzt werden. Besonders unterstützen wollen wir die Bildungsarbeit der Gedenkstätten.

Die Robert Havemann-Gesellschaft ist inzwischen zum Archiv der Oppositionsbewegung der DDR und der Friedlichen Revolution von 1989 geworden. Wir wollen, dass dieses Archiv endlich einen neuen, den Erfordernissen angepassten und für alle Menschen zugänglichen Standort erhält.

Wir sehen uns in der Verantwortung für die Kultur in der ganzen Stadt, von Spandau bis Köpenick und von Pankow bis Neukölln. Die kommunalen Kultureinrichtungen in den Bezirken sind integraler Bestandteil der städtischen Kulturlandschaft Berlins. Mit ihren Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, mit ihren kommunalen Galerien, Bezirksmuseen und Veranstaltungsorten stellen die Bezirke die grundlegende, dezentrale kulturelle Infrastruktur für die Bevölkerung in den Stadtteilen bereit. Die Kultur- und Bildungsangebote der kommunalen Einrichtungen werden tagtäglich von Tausenden von Menschen aller Altersgruppen in ihren Kiezen genutzt. Ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung betrachten wir als gesamtstädtische Aufgabe, die nur in enger Abstimmung mit den Bezirken entwickelt werden können. Bisher sind die Mittel des Landes Berlin für die bezirkliche Kulturarbeit nicht zweckgebunden. Ein Weg zur Sicherung des kulturellen Angebots wäre daher, die Kosten- und Leistungsrechnung, zu der die Bezirke verpflichtet sind, im Kulturbereich mit Qualitätskriterien zu verbinden.

Das Land Berlin hat mehr als 60 Milliarden Euro Schulden und wird in der kommenden Legislaturperiode angesichts der unvermeidlichen Kostensteigerungen mindestens 500 Millionen Euro effektiv einsparen müssen. Der danach verbleibende Verteilungsspielraum ist derart gering, dass alle ausgabenwirksamen Maßnahmen unter dem Vorbehalt stehen, sie durch Umschichtung innerhalb des Haushalts zu finanzieren.

Daher sehen wir die Notwendigkeit zur Generierung einer zusätzlichen Einnahmequelle zur Förderung von Kultur. Bei einer evtl. einzuführenden Touristenabgabe (city tax), die auf eine grüne Forderung aus dem Jahre 2003 zurückgeht, wäre eine Zweckbindung für Kultur durchaus denkbar.

2. Kulturelle Vielfalt

Welche Rolle spielt für Sie die kulturelle Vielfalt und welche Maßnahmen wollen Sie gegebenenfalls zur Sicherung der kulturellen Vielfalt ergreifen?

Die Zusammensetzung der Berliner Bevölkerung erfordert, dass sich Menschen mit nicht deutscher Herkunft und einem anderen kulturellen Hintergrund auch in der Produktion von Kunst- und Kultur wiederfinden müssen und dass sie einen erkennbaren Anteil an Besucherinnen und Besuchern der Berliner Kultureinrichtungen haben. Die Teilhabe an Kultur bietet eine nachhaltige Chance zur Integration, die es in weit aus stärkerem Umfang zu nutzen gilt. Im Sinne von cultural diversity setzen wir uns für eine gezieltere Öffnung der öffentlich geförderten Kulturinstitutionen für Menschen mit Migrationshintergrund, sowohl in der künstlerischen Planung als auch in der Kunstproduktion und der Kunstvermittlung ein. Zudem müssen im Bereich der Verwaltung und in den Förderjurs die Anzahl der Menschen mit einschlägiger Kenntnis über interkulturelle Arbeit deutlich vergrößert werden. Nur dann wird es gelingen, die Zuschauergruppen auch anteilmäßig im Bereich der (post)migrantischen Gruppen signifikant zu vergrößern.

Da die Geschichte und Kultur Berlins in starkem Maße durch Zuwanderung geprägt ist, muss diese stärker gewürdigt werden. Bündnis 90/Die Grünen wird sich deshalb dafür einsetzen, dass die Bedeutung der Migrationsgeschichte für die Entwicklung und Veränderung Berlins bei der Stiftung Stadtmuseum als thematischer Schwerpunkt verankert, ein entsprechendes Ausstellungskonzept erarbeitet und in den Räumen des Stadtmuseums nachhaltig umgesetzt wird.

Wir wollen einen Bericht zur gegenwärtigen Situation der Förderung von Interkultur und MigrantInnenkulturen. Dabei sollen auch die bestehenden Angebote der interkulturellen Bildung, ihre Qualität und die erzielten Resultate evaluiert werden. Unerlässlich ist dazu die Einrichtung von Foren des Dialogs mit kompetenten und innerhalb ihrer Gemeinschaften anerkannten RepräsentantInnen.

In den allgemeinbildenden Schulen, Bibliotheken, Volkshochschulen und Musikschulen muss eine Unterrichts- und Angebotsausrichtung konzipiert werden, die allen Kindern gleichermaßen die Chance für eine Aktivierung ihrer kulturellen Ausdruckformen ermöglicht. Dabei geht es nicht nur um das Lernen beispielsweise von Instrumenten ihrer Herkunftsländer, sondern um alle künstlerischen Ausdrucksformen. Angebote der kulturellen Bildung müssen einen verstetigten Charakter haben, um einen nachhaltigen Effekt einer individuellen Ausdrucksmöglichkeit zu erzielen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der rbb die Präsenz von MigrantInnen in seinen öffentlich-rechtlichen Programmen verbessert. Dazu gehören auch eine gezielte Nachwuchsförderung geeigneter MitarbeiterInnen, Unterhaltungsangebote für eine interkulturelle Gesellschaft und die Aus- und Weiterbildung von MedienmacherInnen und JournalistInnen.

Angesichts der bevorstehenden Aufgaben ist die Reduzierung des Haushaltstitels für interkulturelle Projektarbeit im Berliner Landeshaushalts auf 125.000 Euro im Jahr ein falsches Signal und peinlich für eine Metropole wie Berlin.

3. Kulturelle Bildung

Welchen Stellenwert hat für Sie die kulturelle Bildung und welche Maßnahmen im Bereich der kulturellen Bildung wollen Sie ergreifen?

Bündnis 90/Die Grünen haben sich klar entschieden: Im Bereich Bildung darf nicht gespart werden. Kulturelle Bildung ist als Teil der Bildung ein Bereich, der nur in Kooperation von Kultur und Bildung gestaltet werden kann. Dieser Herausforderung werden wir uns annehmen, die Fraktion hat dazu ein Handlungspapier erarbeitet: „Wir weisen Wege zur kulturellen Bildung in Berlin“.¹

Die Berliner Kinder und Jugendlichen machen knapp ein Sechstel der Gesellschaft aus. Sie haben ein Recht auf kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung. Kinder brauchen einerseits ein altersgemäßes Kulturangebot und andererseits die Möglichkeit, ihre kreativen Potentiale zu entdecken, weiterzuentwickeln und zu professionalisieren. Wir Grünen setzen auf den Ausbau der kulturellen Bildung in der gesamten Stadt, die nur gemeinsam von den Akteuren und Institutionen im Bereich Kultur und Bildung gestaltet werden kann.

Verantwortlich für ein qualifiziertes Angebot in den Musik- und Kunstschulen, in den Bibliotheken sowie insbesondere in den Bildungsinstitutionen sind neben dem Land Berlin und seinen Kultureinrichtungen auch die Bezirke. Sie müssen sich weiter für eine Zusammenarbeit mit KünstlerInnen, Kultureinrichtungen und KulturvermittlerInnen öffnen, um kulturelle Bildung als Teil der Schulentwicklung zu leben und umzusetzen.

Wir wollen, dass das Berliner Rahmenkonzept Kulturelle Bildung in allen Bereichen zur Anwendung kommt. Kulturelle Bildung braucht eine eigenständige und konzeptionell unabhängige Koordinierungsstelle. Der Berliner Projektfonds „Kulturelle Bildung“ muss verstetigt werden, aber der Erfolg des dreiteiligen Vergabesystems über die verschiedenen Fördersäulen muss evaluiert werden.

• SCHULE

Kulturelle Bildung muss als Bestandteil der Schulentwicklung verankern werden und künstlerisch-kreative Unterrichts- und Lernmethoden in alle Unterrichtsfächer einbezogen werden. Wir setzen uns für den Erhalt eines qualifizierten kontinuierlichen Unterrichts in den künstlerischen Fächern ein. Wir wollen, dass KünstlerInnen verstärkt mit den Schulen zusammenarbeiten und Schulen an KooperationspartnerInnen aus dem Kulturbereich heranzuführen. Im Rahmen einer eigenverantwortlichen Schule soll sie ein eigenes Schulbudget für Personal, Projekte, kulturelle Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung und Fortbildung bekommen.

• KITA

Kulturelle Bildung kann viel stärker als bisher für die Sprachentwicklung genutzt werden. Ein "training on the job" als gemeinsame Qualifizierung von ErzieherInnen und KünstlerInnen soll ausgebaut und die Zusammenarbeit von Kitas und Kultureinrichtungen verstärkt werden.

• JUGEND

Wir wollen die dezentrale Angebotsstruktur des kulturellen Bildungs- und Freizeitangebotes erhalten und Räume zur selbstbestimmten kulturellen Praxis bereitstellen. Kulturelle Bildung muss als moderierter Prozess organisiert sein, in dem KünstlerInnen durch ihre Arbeit, durch ihre Sicht auf die Welt und durch ihr soziales Engagement eine motivierende (Vorbild-)Rolle übernehmen können.

• KULTUR

¹ (http://www.gruene-fraktion-berlin.de/cms/default/dok/371/371553.wir_weisen_wege_zur_kulturellen_bildung.html).

Wir wollen, dass die Educationarbeit der Kultureinrichtungen ausgebaut und der Bildungsauftrag der Kultureinrichtungen vertraglich festgehalten wird. Die Kultureinrichtungen sind dazu aufgefordert, eine Publikumsbindung in allen Altersstufen durch geeignete Vermittlungsstrategien anzustreben. Wir wollen die Qualifizierung zur Kulturvermittlung verschiedener Berufsgruppen (KünstlerInnen, LehrerInnen, PädagogInnen, ErzieherInnen, KulturmanagerInnen aber auch Eltern und bürgerschaftlich Engagierte) fördern.

Bündnis 90/Die Grünen wollen Bibliotheken als zentralen Ort der Leseförderung erhalten und weiterentwickeln, Musik- und Kunstschulen institutionell stärken und gleichberechtigt behandeln.

Wir setzen auf die große Vielfalt der professionellen Kinder- und Jugendtheater, der Musikensembles, der Zirkuskunst und der Kinder-Museen, die es sehr genau verstehen, ihr junges Publikum auf eine fantasievolle und inspirierende Reise mitzunehmen und ihm neue Welten zu eröffnen. Genau dieses Wachrütteln der Gesellschaft brauchen wir in Berlin, um einen respektvollen und toleranten Umgang miteinander zu leben.

4. Arbeiten im Kulturbereich

Welche Bedeutung hat für Sie der Kulturbereich unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten? Wollen Sie im Bundesrat Maßnahmen zur Veränderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes ergreifen?

Berlin verdankt seinen internationalen Ruf einer vitalen Kunst- und Kulturszene. Diese inspiriert eine der größten Kreativindustrien der Welt. Ihretwegen siedeln sich Verlage, Agenturen, Labels, Studios, Produktionsfirmen und Sender in Berlin an. Kulturschaffende aus der ganzen Welt kommen nach Berlin, um hier zu lernen, zu leben und zu arbeiten. Berlin bietet Freiräume und ein ebenso aufgeschlossenes wie kritisches Publikum. Berlin hat vergleichsweise günstige Lebenshaltungskosten und viele Jobmöglichkeiten für die hoch qualifizierten und oft schlecht bezahlten Kreativen.

Gerade in der freien Szene leben Künstlerinnen und Künstler oft am Rande des Existenzminimums. Ein Großteil der Beschäftigung im Bereich der Kunst ist ungesichert und prekär. Wir wollen, dass Kulturschaffende von ihrer Arbeit leben können.

Langfristiges Ziel muss es sein, zehn Prozent des Kulturetats für die freie Szene festzuschreiben, um mehr Spielraum in der Honorargestaltung zu erlangen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass zukünftig nur solche Förderanträge von den Vergabejürs angenommen werden, die eine angemessene Vergütung aller an der Produktion Beteiligten enthalten.

Fakt ist, dass rund 4500 Berliner KünstlerInnen auf Leistungen wie Arbeitslosengeld II (ALG II) angewiesen sind. Zwischen den einzelnen Produktionen sind in der Regel Pausen von durchschnittlich 2 bis 3 Monaten, bei 20 Prozent auch 4 -5 Monate, in denen die Kulturschaffenden kein Einkommen haben und auf Transferleistungen angewiesen sind. Das Durchschnittseinkommen von KünstlerInnen liegt laut Künstlersozialkasse (KSK) unter 13.000 Euro pro Jahr und damit 4000 Euro unter dem Durchschnittsnettoeinkommen aller ArbeitnehmerInnen bundesweit einschließlich geringfügig Beschäftigter.

Wir fordern daher nach wie vor eine Qualifizierung der Beratungsarbeit für Bildende KünstlerInnen in den Jobcentern und sind mit der bisher angebotenen Lösung von koordinierenden AnsprechpartnerInnen unzufrieden. Wir wollen kompetente, fachkundige BeraterInnen, an die sich die KünstlerInnen wenden können, die temporär auf Transferleistungen angewiesen sind.

Bündnis 90/Die Grünen sind für den Erhalt der Künstlersozialkasse. Wir fordern, dass die freiwillige Arbeitslosenversicherung und die Arbeitsvermittlung für freischaffende Künstler und Kreative als flexibel Beschäftigte verbessert wird.

5. Urheberrecht

Wollen Sie im Bundesrat Initiativen zur Reform des Urheberrechts einbringen? Sehen die Erfordernis die Rechte der Urheber und Rechteinhaber zu stärken oder wollen Sie Urheberrechtsreformen zu Gunsten der Nutzer anstoßen?

Die Urheberfrage geistigen Eigentums in Bezug auf die Nutzung digitaler Medien bedarf einer grundsätzlichen Neuregelung sowohl im Sinne der KünstlerInnen als auch der NutzerInnen.

Da das geistige Eigentum für uns ein schützenswertes Gut ist, werden wir uns für einen Urheberschutz einsetzen, der den aktuellen Anforderungen entsprechend angemessen ausgestaltet ist. Eine Reform der Arbeit der Verwertungsgesellschaften, die eine faire, unbürokratische und transparente Vergütung der Kunstschaffenden zur Folge haben muss, scheint diesbezüglich unabdingbar.

Eine zeitgemäße Lösung beim Urheberrecht im Internet muss die freie digitale Privatkopie beinhalten, sowie klare Schrankenregelungen für Bildung, Wissenschaft und Forschung wie z.B. Open Access. NutzerInnen dürfen nicht kriminalisiert werden.

Wir wollen niemanden rechtlos stellen oder enteignen. Wir wollen die Nutzung und den Vertrieb von Kulturgütern im Internet ermöglichen und die Diskussion über eine Kulturflatrate weiterentwickeln²Wir unterstützen Creative Commons als Grundlage neuer Formen der Kultur- und Medienwirtschaft.

6. Steuerrecht

Werden Sie sich im Bundesrat für den Erhalt des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Kultur stark machen?

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Kunst und Kultur beibehalten wird. Er ist nicht nur ein geeignetes Instrument zur Kulturförderung, er trägt auch dazu bei, dass alle Bevölkerungsschichten am kulturellen Leben partizipieren.

7. Kulturwirtschaft

Welche Bedeutung hat für Sie die Kulturwirtschaft? Mit welchen konkreten Schritten wollen Sie gegebenenfalls die Kulturwirtschaft stärken?

Mit einem Gesamtumsatz von ca. 22 Milliarden Euro und etwa 220.000 Beschäftigten (einschließlich der Selbständigen) ist die Kreativwirtschaft eine der bedeutendsten Wirtschaftszweige unserer Stadt.

Sie gehört für uns nach wie vor zu den Bereichen mit großen Chancen, aber nicht ausgeschöpften Potentialen. Wir schenken unsere Aufmerksamkeit der großen Anzahl an kleinen und mittleren Unternehmen wie Start-ups, freischaffenden Kreativen und ProgrammiererInnen, Unternehmen aus der Games- und Open-Source-Branche und vielen weiteren Bereichen. Bündnis 90/Die Grünen Berlin setzen sich für neue Unternehmensformen ein, die sozial- und steuerrechtlich die neuen Arbeitsformen fördern und unterstützen. Wir setzen uns ein für die Belange der Freelancer, prekär Beschäftigter wie in klassischen Verhältnissen Angestellter, von Gründerinnen und Gründern, aber auch Unternehmerinnen und Unternehmern und werden Hilfestellung für gezielte Vernetzung, konkrete Unterstützung, Wissens- und Technologietransfer, Marketing/Vertrieb und Einwerbung von Fördermitteln sowie bessere Finanzierungs- und Beratungsangebote anbieten.

Dazu werden wir die Kreativwirtschaft als Produzent wissensbasierter, kreativer, designorientierter Waren und Dienstleistungen stärker mit der Industrie verknüpfen. Um sie auch als

² Vgl. siehe Gutachten unter: http://www.gruene-bundestag.de/cms/medien/dokbin/278/278059.kurzgutachten_zur_kulturflatrate.pdf.

unerschöpfliche Ressource für die Green Economy zu mobilisieren, möchten wir Orte und Netzwerke schaffen, damit durch interdisziplinäre Kontakte die Industrie von den kreativen Impulsen im Hinblick auf Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit profitiert und die Märkte für die Kreativwirtschaft wachsen. Im Übrigen plädieren wir für die Förderung auf Augenhöhe mit anderen Branchen. Berlin braucht einen Kreativwirtschaftsfonds, der diesen auch Namen verdient. Ein dazu installierter Kreativbeirat wird dafür Sorge tragen, kreative Dienstleistungen auch über die Kommunikations- und Informationstechnologien hinaus in ökonomische Sphären zu übersetzen. Ein weiterer Schritt ist der vereinfachte Zugang zu Mikrokrediten und Messförderung. Wir möchten bestehende Netzwerke unterstützen, insbesondere durch eine Professionalisierung. Wir schaffen gemeinsame Orte für Kreative, Freie und Selbstständige aus anderen Berufsfeldern. Gemeinsam mit den Fördereinrichtungen für die Kreativwirtschaft und privaten Akteuren wollen wir Berlin als Standort für die Computerspiele-Industrie stärken. Gerade in Berlin bildet sich eine engagierte Szene aus erfolgreichen Unternehmen, Einrichtungen und Bildungsstätten. Wir wollen die Verbreitung der Verwendung von Creative-Commons-Lizenzen oder vergleichbarer Lizenzen fördern.

Außerdem wollen wir die Erstellung eines Kulturkatasters. In Zusammenarbeit mit den Bezirken und den mit der Liegenschaftsverwaltung betrauten Gesellschaften muss eine qualifizierte Bestandsaufnahme und Bewertung sämtlicher öffentlicher Gebäude und Immobilien vorgenommen werden, die derzeit für kulturelle und/oder kreativwirtschaftliche Zwecke genutzt werden.

Durch eine entsprechende Liegenschaftspolitik müssen Räume für Kreative gesichert werden. Ziel muss sein, öffentliche Liegenschaften für zukünftige Ansiedlungen von Kreativwirtschaftsunternehmen bzw. eine entsprechende zweckgebundene Nutzung vorzuhalten, um somit auch in Zukunft den Bedarf der Kreativszene nach attraktivem und bezahlbarem Raum decken zu können.